Nr. 513 der Beilagen zum stenographischen Protokoll des Salzburger Landtages (3. Session der 17. Gesetzgebungsperiode)

Antrag

der Abg. Klubobfrau Mag. Berthold MBA, Mag. Dr. Humer-Vogl und Heilig-Hofbauer BA MBA betreffend Transparenz, Kontrolle und Reduktion des Pestizideinsatzes in Salzburg

Pestizide dienen in der Landwirtschaft dem Pflanzenschutz - doch viele dieser Wirkstoffe schaden Umwelt, Biodiversität und menschlicher Gesundheit. Zahlreiche wissenschaftliche Studien belegen die Risiken, die von synthetischen Pflanzenschutzmitteln ausgehen: Sie zerstören die Artenvielfalt und unsere Ökosysteme, Rückstände in Lebensmitteln, im Trinkwasser und in der Luft gefährden die menschliche Gesundheit.

Pestizide breiten sich über die Luft aber auch weit weg von Äckern aus. Eine Anfang 2025 veröffentlichte Studie des Umweltbundesamts "Pestizide in der Umgebungsluft" kommt zu besorgniserregenden Ergebnissen. In Wals-Siezenheim und St. Koloman wurden im Rahmen eines einmonatigen Monitorings zahlreiche belastende Substanzen in der Luft nachgewiesen, darunter auch nach EU-Recht nicht mehr zugelassene und erbgutschädigende Pestizide. Von den 21 in Salzburg gefundenen Pestiziden gelten 20 als gesundheitsgefährdend. In St. Koloman wurden sechs, in Wals sogar 19 Substanzen festgestellt, darunter Glyphosat, Metribuzin und Pendimethalin sowie hormonell wirksame Stoffe, deren toxische Effekte schon bei sehr niedrigen Konzentrationen eintreten können. Besonders brisant ist, dass in Wals auch Anthrachinon nachgewiesen wurde - ein krebserregender Stoff, der in der freien Natur seit 2009 nicht mehr verwendet werden darf.

Alarmierend ist ein weiteres Studienergebnis: Die Belastung durch Trifluoracetat (TFA) steigt. TFA ist ein Abbauprodukt vieler Pestizide, langlebig und fortpflanzungsschädlich. Als sogenannte Ewigkeitschemikalie (PFAS) bleibt es über Generationen in Böden und Gewässern erhalten und wurde mittlerweile im Grund- und Trinkwasser nachgewiesen.

Der Lungauer Biologe und Bodenexperte Johann Zaller von der Universität für Bodenkultur kritisiert angesichts dieser Ergebnisse das völlige Fehlen eines kontinuierlichen Luftmonitorings und einer zuständigen Stelle für die Datenauswertung. Das Umweltbundesamt verweist auf fehlende gesetzliche Grenzwerte für Pestizide.

In der jüngsten Beantwortung der GRÜNEN-Anfrage zum Pestizideinsatz zeigt auch Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 175) auf, wie lückenhaft und unzureichend die derzeitigen Kontrollmechanismen sind: Zwischen 2019 und 2024 wurden in Salzburg durchschnittlich nur rund ein bis zwei Prozent der gewerblichen Anwender:innen kontrolliert. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum nur 108 Vor-Ort-Kontrollen durchgeführt. Bei 25, also bei fast jeder fünften Kontrolle, wurden Verstöße festgestellt.

Trotz der Risiken, die von Pestiziden ausgehen, fehlt es in ganz Österreich weiterhin an grundlegender Transparenz über ihren Einsatz. Die Anwender:innen sind zwar laut <u>EU-Recht</u> (Artikel 67 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009) zu Aufzeichnungen aller Anwendungen (wann, wo, welches Mittel, wie viel) verpflichtet. Diese müssen jedoch nicht automatisch an die Behörde übermittelt, sondern nur auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden. Das kritisiert auch der Rechnungshof in seinem Bericht <u>Pestizidanwendung in der Landwirtschaft</u> und empfiehlt eine zentrale Sammlung und Auswertung von Daten zur Pestizidanwendung sowie einheitliche digitale Formate.

Die gesundheitsschädigenden Wirkungen von Pestiziden sind vielen Menschen nicht bekannt. Die wenigsten wissen, dass Anrainer:innen bei der Behörde um Zugang zu den Informationen zum Pestizideinsatz ansuchen können.

Diese Ergebnisse verdeutlichen, wie dringend es verbindliche Strukturen und Maßnahmen braucht, um Mensch und Umwelt wirksam zu schützen. Notwendig sind dabei auch transparente Informationen für die Bevölkerung. Salzburg muss hier eine aktive Rolle übernehmen, aus Verantwortung gegenüber den Bürger:innen und den künftigen Generationen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird ersucht,

- 1. auf Basis der Ergebnisse der Studie "Pestizide in der Umgebungsluft" Maßnahmen auf Landesebene fachübergreifend zu erarbeiten,
- 2. die Salzburger Bevölkerung über Möglichkeiten, Anlaufstellen und Informationsrechte aufzuklären, insbesondere über ihr Recht auf Auskunft über Pestizidanwendungen,
- 3. gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer die Salzburger Bäuerinnen und Bauern dabei zu unterstützen, weniger Pestizide zu verwenden,
- 4. sich im Rahmen der Bund-Länder-Zusammenarbeit zum <u>Nationalen Aktionsplan</u> "<u>Pflanzenschutzmittel"</u> für eine ambitionierte, verbindliche Reduktion des Pestizideinsatzes stark zu machen und an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, sich auf europäischer Ebene für die Reduktion des Pestizideinsatzes um 50 % bis 2030 einzusetzen,
- 5. sich für ein sofortiges Verbot aller Pestizide einzusetzen, aus denen das wassergefährdende und gesundheitsschädigende Ewigkeitschemikalie Trifluoracetat (TFA) als Abbauprodukt entsteht,

- 6. sich auf Bundesebene für eine verpflichtende und digital einheitliche Erfassung aller Pestizidanwendungen sowie die rasche Einführung einer bundesweiten Pestizid-Anwendungsdatenbank mit öffentlichem Zugang (inklusive standardisierter Zugriff für Trinkwasserversorger) einzusetzen,
- 7. an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, sich auf europäischer Ebene für die Einführung verbindlicher Grenzwerte für Pestizid in der Luft einzusetzen und
- 8. dem Landtag sechs Monate ab Beschlussfassung über die Ergebnisse zu berichten.

Dieser Antrag wird dem Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

Salzburg, am 4. Juni 2025

Mag.^a Berthold MBA eh. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl eh. Heilig-Hofbauer BA MBA eh.